

Die Landesgruppe Bayern stellt sich vor

Wer wir sind und wofür wir stehen



Bild: Markus Hofmann - stock.adobe.com



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

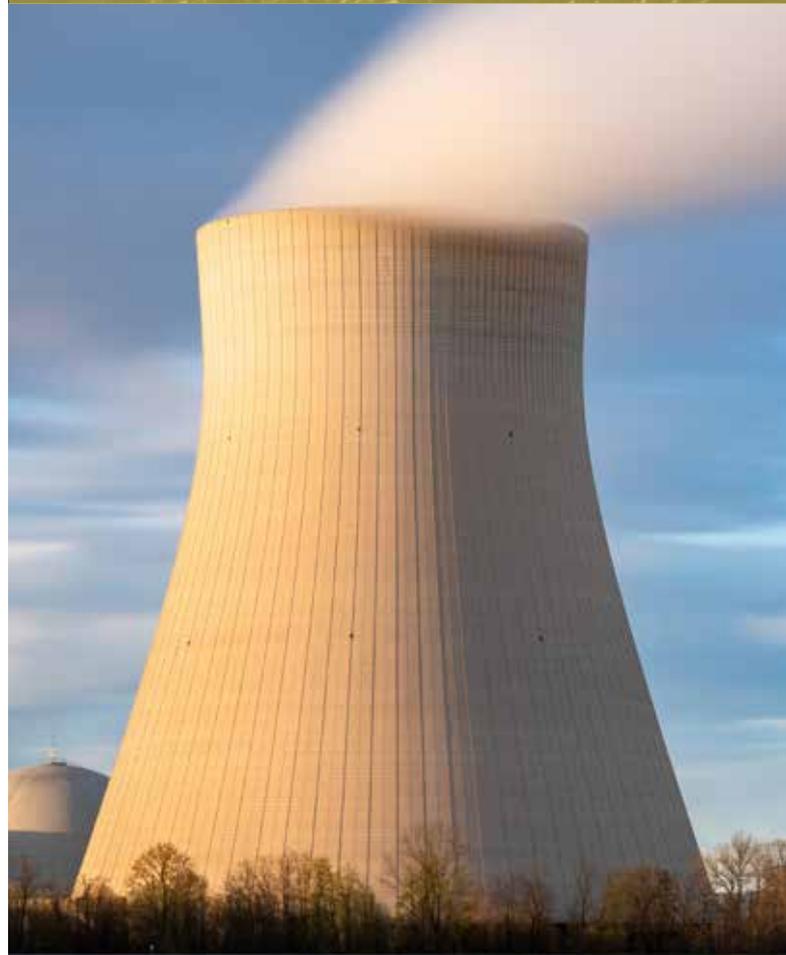


Inhalt

- S. 3 **Grußwort**
- S. 4 **Schulden vermeiden, Umverteilung beenden, mehr Netto vom Brutto**
- S. 6 **Die landwirtschaftlichen Erzeuger stärken, die Bürger schützen**
- S. 8 **Arbeit, Rente und Würde im Alter: Eine politische Agenda**
- S. 10 **Atomkraft? Ja, bitte!**
- S. 12 **Verteidigungsfähigkeit wiederherstellen**
- S. 14 **Den Verfall des Rechtsstaates stoppen**
- S. 16 **Deutschlands Versorgungssicherheit gewährleisten**
- S. 18 **Die Bevormundung durch die EU beenden, deutsche Interessen mit Nachdruck vertreten**
- S. 20 **Das Petitionswesen stärken, mehr direkte Demokratie auf Bundesebene ermöglichen**
- S. 22 **Freiheit bewahren, Wohlstand sichern**



S. 6 Die landwirtschaftlichen Erzeuger stärken, die Bürger schützen



S. 10 Atomkraft? Ja, bitte!

Grußwort

Liebe Freunde und Unterstützer der Landesgruppe Bayern der AfD-Bundestagsfraktion,

auch in der 20. Legislaturperiode ist es unser Bestreben, die bayerische Heimat zu stärken und für eine sichere, souveräne und wohlhabende Zukunft unserer Nation einzutreten. In einer Zeit, in der unsere Werte und Traditionen immer heftiger angegriffen werden, ist es unsere Aufgabe, diese mit aller Kraft zu verteidigen.

Sicherheit ist ein Grundpfeiler unseres Lebens. Deutschlands Bürger haben ein Recht auf ein sicheres Umfeld, in dem sie leben, arbeiten und ihre Kinder großziehen können. Auch die Energieversorgung und die Infrastruktur sind dabei Aspekte, die wir uns zur Aufgabe gemacht haben. Wir setzen uns weiter für eine konsequente Innen- und Abschiebepolitik ein, die die Bürger vor Kriminalität schützt und unsere Polizei sowie die Sicherheitskräfte stärkt. Nur durch eine klare und effektive Sicherheitspolitik können wir das Vertrauen der Menschen in unsere Gemeinschaft sicherstellen und unserem Volk die Zuversicht in die Zukunft geben, die es braucht.

Die Souveränität Deutschlands ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir fordern beständig, dass die politischen Entscheidungen, die unser Leben betreffen, wieder hier bei uns in Deutschland getroffen werden müssen – nicht in Brüssel oder anderswo. Wir kämpfen für die Rückgewinnung unserer nationalen Kompetenzen und die Wahrung unserer kulturellen Identität. Es ist an der Zeit, dass die Stimmen der schweigenden Mehrheit endlich wieder gehört werden und wir wieder die Kontrolle über unsere eigenen Angelegenheiten übernehmen.

Wohlstand für alle ist unser Ziel. Aber nicht durch Umverteilung und Almosen. Eine starke Wirtschaft, die auf den Prinzipien von Leistung und Eigenverantwortung basiert, ist entscheidend für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen ein. Nur durch wirtschaftliche Stärke können wir unseren sozialen Zusammenhalt sichern, den Sozialstaat erhalten und für alle Bürger ein gutes Leben ermöglichen.

Liebe Freunde, lasst uns weiterhin gemeinsam für eine Zukunft arbeiten, in der Sicherheit, Souveränität und Wohlstand im Mittelpunkt stehen.

In diesem Sinne: Auf eine weiterhin starke und erfolgreiche Landesgruppe Bayern der AfD im Deutschen Bundestag!

Mit patriotischen Grüßen

Dr. Rainer Kraft MdB

Sprecher der Landesgruppe Bayern der AfD-Bundestagsfraktion



**Keine weiteren
Eigenmittel für die
Europäische Union**

Drucksache 20/10065

[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/100/2010065.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010065.pdf)



**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung
eines Nachtrags zum
Bundeshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr
2023**

Drucksache 20/9775

[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/097/2009775.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/097/2009775.pdf)



**Energiewende
rückgängig machen -
Wirtschaft und private
Haushalte entlasten**

Drucksache 20/35

[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/000/2000035.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000035.pdf)



Peter Boehringer MdB

Schulden vermeiden, Umverteilung beenden, mehr Netto vom Brutto

Der Haushaltsplan der Bundesregierung umfasst jedes Jahr rund 500 Milliarden Euro. Auf über 3000 Seiten und in etwa 6600 Einzeltiteln wird dieses Geld verbucht.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag versteht sich als Treuhänderin der Steuerzahler und kontrolliert die Ausgaben gewissenhaft. Wir nehmen unsere Aufgabe als Oppositionsfraktion ernst und decken die oft grotesk anmutende Verwendung Ihrer Steuergelder schonungslos auf.

Die umstrittene Energiewende kostet uns jährlich über 50 Milliarden Euro, in ungefähr gleicher Höhe belastet die ungezügelt Migration den Bundeshaushalt. Die bürokratischen Vorschriften der EU verschlingen zusätzlich mehr als 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Die bis vor Kurzem amtierende Bundesregierung verantwortet insgesamt über 500 Milliarden Euro Neuverschuldung. Um diese Schulden zu verschleiern, werden sie in sogenannten Sondervermögen versteckt. Nach Ansicht der AfD-Bundestagsfraktion ist dieses Vorgehen verfassungswidrig; Bundestagsdrucksache 20/9775. Das Bundesverfassungsgericht stützte unsere Rechtsauffassung in seinem Urteil vom 15.11.2023.

Die Kreditgeber unseres Staates sind immer weniger hiesige Sparer, sondern zunehmend direkt die Zentralbanken. Der Staat verschuldet sich bei den von ihm abhängigen Institutionen, also faktisch bei sich selbst. Das ist das Rezept zur Hochinflation – zum Schaden der Sparer und Otto Normalverbraucher, die im schlimmsten Fall mit Enteignungen rechnen müssen.

Die Sozialstaatsquote liegt mittlerweile bei fast 35 Prozent. Mehr als ein Drittel von allem, was die Bürger Deutschlands erwirtschaften, wird umverteilt. Umverteilung schafft keinen Wohlstand.

Als AfD-Fraktion setzen wir uns für einen modernen Sozialstaat und vor allem für Steuersenkungen ein. Die Mittelschicht muss deutlich entlastet werden. Wir stellen uns gegen linksgrüne Luftschloss-Projekte und gegen die Ideologie, unser Sozialstaat stünde der ganzen Welt zur Verfügung. Gelingt hier eine Wende, bleibt für die Bürger mehr Netto vom Brutto.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland muss gestärkt werden. Vorschläge hierzu haben wir bereits zu Beginn der 20. Wahlperiode in der Bundestagsdrucksache 20/35 vorgelegt.

Unser alternativer Haushalt für den Bund hält die Schuldenbremse verfassungsgemäß ein.

Peter Boehringer MdB

Wahlkreis Amberg/Neumarkt

Kontakt: peter.boehringer@bundestag.de

- Geboren am 6. April 1969 in Schwäbisch Gmünd; zwei Kinder
- Diplom-Kaufmann, Wirtschaftspublizist
- **Leiter des Arbeitskreises Haushalt der AfD-Bundestagsfraktion**
- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion
- Mitglied und Obmann im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages
- Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages



Verbraucherfreundliche und transparente Kennzeichnung von Insekten in Lebensmitteln

Drucksache 20/5997

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005997.pdf>



Peter Felser | Brutale Härte der Ampel zu Landwirten

https://www.youtube.com/watch?v=oNijh_RyuhU8t=6s



Peter Felser MdB

Die landwirtschaftlichen Erzeuger stärken, die Bürger schützen

Immer mehr Staat, immer weniger Freiheit – so darf es nicht weitergehen. Inzwischen wird bis in unseren Einkaufswagen hinein bestimmt, was wir konsumieren sollen. Einerseits weniger Fleisch vom Bauern, stattdessen möglichst Ersatzprodukte aus dem Labor. Andererseits dann aber wieder ganz echte, zerkleinerte Insekten, die uns heimlich untergeschoben werden. Als Mitglieder im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages fordern wir, dem mündigen Bürger selbst zu überlassen, wie er sich ernährt.

Die Produktion guter regionaler Lebensmittel durch unsere Bauern muss gefördert werden; hohe Energiekosten, eine Vielzahl von Auflagen und die überbordende Bürokratie zwingen unsere Landwirte jedoch in die Knie. Die Vielfalt und Qualität unserer Lebensmittelproduktion sichern wir, indem klar und transparent aufgeführt wird, was im Lebensmittel enthalten ist und woher es stammt. Auf Insekten muss ebenso deutlich hingewiesen werden, wie auf Laborfleisch und Ersatzprodukte.

Regionales, wertvolles Fleisch kommt aber nicht nur vom Bauernhof, sondern auch aus dem Wald. Unsere Jäger sorgen neben der Hege und Pflege auch für gutes Bio-Fleisch von unserem heimischen Wild. Es gibt keine ältere, ursprünglichere und nachhaltigere Form der Nahrungsgewinnung. Jäger sind verantwortlich für die Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft sowie für den Erhalt heimischer Wildtierbestände. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, Wildschäden zu minimieren und helfen bei der Prävention von Tierseuchen.

Unsere Bundesregierung indes setzt Jäger mit Terroristen gleich. Nach den zahlreichen und weiterhin steigenden Messermorden durch die von den Ampel- und Altparteien ins Land geholten Migranten glaubt man nun, die Gewalt beenden zu können, indem man Jäger und Sportschützen durch eine Verschärfung des Waffenrechts bestraft. Unbescholtene Bürger werden kriminalisiert, während sich Verbrecher von jeher nicht durch Gesetze und Verordnungen – etwa zur Klingenlänge mit-

geführter Messer – von ihrem schrecklichen Vorhaben abhalten lassen. Die Augen werden vor den wahren Ursachen verschlossen und es trifft den einfachen Bürger, der das Ganze ausbaden und auch bezahlen muss. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die aktuelle Regierungspolitik.

Die AfD-Bundestagsfraktion wird diesem Handeln ein Ende setzen. Wenn unsere Steuern wieder unserem Land zugutekommen, statt in die ganze Welt verteilt zu werden, wenn Kriminelle bestraft und Gesetze durchgesetzt werden, statt das Volk immer weiter zu überwachen, zu gängeln und auszupressen, dann haben wir endlich wieder Sicherheit, Wohlstand und ein lebenswertes Deutschland!

Peter Felser MdB

Wahlkreis Oberallgäu/Kempton/Lindau

Kontakt: peter.felser@bundestag.de

- Geboren am 20. September 1969 in Dillingen an der Donau; 5 Kinder
- Diplom-Pädagoge (Univ.), Unternehmer, Bundeswehroffizier
- **Forstpolitischer und Ernährungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion**
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages



Armut ehrlich benennen und wirksam bekämpfen

Drucksache 20/7881

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/078/2007881.pdf>



Erschütternd: So wenig bekommen deutsche Rentner im EU-Vergleich!

Plenarrede 13.5.2022

<https://www.youtube.com/watch?v=V7GuysTqOuY>



Zahlen lügen nicht: Gerrit Huy räumt mit Bürgergeld-Lüge auf

Plenarrede 28.6.2024

<https://www.youtube.com/watch?v=ENWfS4qB04k>



Schluss mit der Schönrechnerei bei Arbeitslosenzahlen!

Plenarrede 17.10.2024

<https://www.youtube.com/watch?v=hRX6UCe411g>



Ukrainische Flüchtlinge bekommen nun Hartz IV: Das wird teuer!

Plenarrede 14.5.2022

<https://www.youtube.com/watch?v=kOUIGELLp0>



Bürgergeld ist und bleibt ein Einwanderungsmagnet!

Plenarrede 6.9.2023

https://www.youtube.com/watch?v=_SWFqSL8k5g



Höchste Zeit, mit linksgrünen Lebenslügen aufzuräumen!

Plenarrede 20.1.2023

<https://www.youtube.com/watch?v=HpCA5yOGc3w8t=2s>



Tragisch: Immer mehr Deutsche verlassen das Land!

Plenarrede 27.4.2023

<https://www.youtube.com/watch?v=22UznHBPqHE>

Gerrit Huy MdB

Wahlkreis Garmisch-Partenkirchen/Weilheim-Schongau

Kontakt: gerrit.huy@bundestag.de

- Geboren am 13. Mai 1953 in Braunschweig; verheiratet; drei Kinder
- Diplome in Mathematik und Volkswirtschaft, Master of Public Administration an der Harvard-Universität in Cambridge
- **Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion**
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages
- Stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages
- Leitende Position in der Autoindustrie (Direktor Vorentwicklung und Produktplanung bei Mercedes), Telekommunikationsindustrie (Vorstand der Telekommunikations- und Mediendienste bei Daimler Benz Interservices AG), IT-Industrie (Vorsitzende der Geschäftsführung bei Compaq Computer Deutschland) sowie selbständige Unternehmensberaterin für Venture Capital



Gerrit Huy MdB

Arbeit, Rente und Würde im Alter: Eine politische Agenda

Diejenigen, die unser Land aufgebaut haben, rutschen immer tiefer in die Armut. Es ist beschämend, dass die Rente eines Arbeitnehmers in Deutschland, der 45 Jahre und länger in die Sozialsysteme eingezahlt hat, die Armutsgrenze nur unwesentlich übersteigt. Deutschland liegt beim Versorgungsniveau seiner Rentner im europäischen Vergleich weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen. Zum Vergleich: Ein durchschnittlicher Rentner in Österreich, der über 35 Jahre oder mehr in die Rentenkasse eingezahlt hat, bekommt ungefähr 1000 Euro beziehungsweise 40 Prozent mehr als sein deutscher Nachbar.

Der AfD-Bundestagsfraktion ist es ein besonderes Anliegen, hier entschieden einzuschreiten und für Gerechtigkeit zu sorgen. Wir benötigen eine Rentenreform, die die Lebensleistung unserer Rentner anerkennt und die Renten auf ein Niveau hebt, das einer reichen Industrienation angemessen ist. Darauf verweisen wir in fast allen unseren Reden zum Thema Rente im Deutschen Bundestag.

In diesem Zusammenhang sind auch die Hinzuverdienstgrenzen bei der Witwenrente zu sehen. Denn ein Großteil etwaiger zusätzlicher Einkünfte wird unmittelbar von der Witwenrente abgezogen. Auf diese Weise ist es für Witwen und Witwer kaum möglich, ihre oft spärlichen Bezüge aufzubessern und die Armut zu lindern; Bundestagsdrucksache 20/6582.

Betrachtet man auf der anderen Seite das Bürgergeld, reibt man sich ungläubig die Augen: Es wurde innerhalb von nur zwei Jahren um insgesamt 25 Prozent angehoben. Davon können Rentner nur träumen. Familien mit drei Kindern erhalten rund 3000 Euro Bürgergeld. Zu diesem Grundbetrag kommen darüber hinaus Miete, Heiz- und Nebenkosten, GEZ-Gebühren und alle größeren Anschaffungen hinzu, wie zum Beispiel eine Wohnungseinrichtung oder ein Ersatz für die kaputte Waschmaschine – und bei Familien auch noch kostenlose Kita- und Kindergartenplätze. Experten schätzen, dass etwa ein Drittel der Bürgergeldempfänger nebenher schwarzarbeitet. Wir wollen diesen Missbrauch abstellen und den Fokus bei den

Bürgergeldempfängern wieder auf die Vermittlung in Arbeit legen.

Etwa die Hälfte der Bürgergeldempfänger sind Ausländer, die andere Hälfte weist zu einem großen Anteil einen Migrationshintergrund auf. Das Bürgergeld ist zu einem stark von Missbrauch geprägten Einwanderungsmagneten geworden. Dem stellen wir uns vehement entgegen: Zukünftig sollen Ausländer nur noch dann Bürgergeld erhalten, wenn sie zuvor mindestens fünf Jahre lang sozialversicherungspflichtig in Deutschland gearbeitet haben. Der Bürgergeldbezug soll in diesen Fällen zudem auf ein Jahr begrenzt werden; Bundestagsdrucksache 20/12970.

Während unsere Regierung vorrangig damit beschäftigt ist, das Geld der Steuerzahler in alle Welt zu verteilen, fährt sie unsere Wirtschaft gegen die Wand – mit der Folge, dass Arbeitslosigkeit und Armut steigen. Eine gut funktionierende Wirtschaft ist aber die Voraussetzung für Wohlstand und gute Renten. Gerade in Krisenzeiten brauchen wir unser erarbeitetes Geld für unsere eigenen Bürger, um zu verhindern, dass Armut und Elend weiter steigen. Deshalb muss die unkontrollierte Einwanderung endlich beendet werden. Dafür steht die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ein.



Moratorium für den Rückbau abgeschalteter Kernkraftwerke

Drucksache 20/13231

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/132/2013231.pdf>



Wohlstand statt Verzicht – Neuanfang wagen mit Kernenergie – Verlässliche, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung für alle

Drucksache 20/13230

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/132/2013230.pdf>



Dr. Rainer Kraft MdB

Atomkraft? Ja, bitte!

Die Diskussion über die Notwendigkeit der Nutzung der Kernenergie in Deutschland ist komplex und kontrovers, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen in der Energieversorgung und der Wirtschaftspolitik. Angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung mit ihrer gescheiterten Energiewende einen kaum zu bezifferndem Schaden verursacht, dürfen die Kernenergie und ihre Rolle in der nationalen Energiestrategie nicht länger ignoriert werden. Dafür sorgen die in den Deutschen Bundestag eingebrachten Anträge der AfD-Fraktion; Bundestagsdrucksache 20/13231.

Einer der Hauptgründe für die Wiedereinführung und den Ausbau der Atomkraft ist die Notwendigkeit, über Generationen hinweg eine preiswerte und zuverlässige Stromversorgung sicherzustellen. In Anbetracht der massiven Umweltzerstörung durch die sogenannten Erneuerbaren Energien ist es entscheidend, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen und umweltgerechten Energieversorgung zu beschleunigen. Atomkraftwerke produzieren während des Betriebs keine direkten Treibhausgasemissionen und können somit das Herzstück hin zu einer nachhaltigen Energiezukunft darstellen; Bundestagsdrucksache 20/13230.

Zudem bietet die Atomkraft eine stabile und zuverlässige Energiequelle. Während Wind- und Solarkraft wetterabhängig sind und nicht rund um die Uhr zur Verfügung stehen, können Atomkraftwerke eine kontinuierliche Grundlast liefern. Eine Grundlast, die für Millionen von Haushalten, aber auch für Wirtschaft und Industrie lebenswichtig ist. Deutschland muss endlich energiepolitisch souverän werden.

Nicht zuletzt ist auch die geopolitische Lage ein entscheidender Faktor; Bundestagsdrucksache 20/11146. Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus politisch instabilen Regionen kann unsere Energiesicherheit gefährden. Eine diversifizierte Energieversorgung – einschließlich Atomkraft – hilft, Abhängigkeiten zu reduzieren und die Energieautarkie Deutschlands zu stärken.

Insgesamt ist die Notwendigkeit einer Nutzung von Atomkraft in Deutschland eine Sache der ökologischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Aspekte. Insbesondere im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen muss eine umfassende und sachliche Diskussion über die Rolle der Kernkraft in der zukünftigen Energieversorgung Deutschlands geführt werden, um eine ausgewogene und nachhaltige Lösung zu finden. Die Mehrheit der Bevölkerung steht hier klar hinter den Forderungen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Dr. Rainer Kraft MdB

Wahlkreis Augsburg-Land

Kontakt: rainer.kraft@bundestag.de

- Geboren am 8. Januar 1974 in Gräfelfing; verheiratet; zwei Kinder
- Diplom-Chemiker, Promotion in anorganischer Chemie
- **Obmann im Parlamentarischen Beirat des Deutschen Bundestages für nachhaltige Entwicklung**
- Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages
- Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Deutschen Bundestages
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages



Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte – Stabilisierung sichern, Wiedererstarben des IS verhindern, Versöhnung in Irak fördern

Drucksache 20/13394

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/133/2013394.pdf>



Kompensationsgeschäfte bzw. sogenannte Offset-Geschäfte bei Rüstungsbeschaffungen im Ausland

Drucksache 20/10849

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/108/2010849.pdf>



Aufhebung der Duldungspflicht von Impfungen gegen COVID-19

Drucksache 20/12427

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/124/2012427.pdf>



Gerold Otten MdB

Verteidigungsfähigkeit wiederherstellen

Als Verteidigungspolitiker der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag steht man derzeit vor einem Dilemma: Einerseits will man für eine starke, einsatzbereite und geachtete Bundeswehr tätig sein – andererseits befinden sich unsere Streitkräfte leider in der Verfügungsgewalt von Personen, deren Politik dem Sinn von Streitkräften zuwiderläuft. Dieser Widerspruch kann nur aufgelöst werden, indem wir als AfD-Bundestagsfraktion unsere Vorstellungen von einer deutschen Streitmacht der Zukunft entwerfen und die dazu notwendigen Schritte als Initiativen in den politischen Prozess einbringen.

Bei unserer parlamentarischen Arbeit für Deutschland und die Bundeswehr können wir aber nicht davon ausgehen, dass unsere Vorschläge vorurteilsfrei diskutiert, geschweige denn vom politischen Gegner nachvollzogen werden. Der eigentliche Adressat unserer Initiativen ist daher der deutsche Staatsbürger. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Mehrheit des deutschen Volkes der Sinn von Streitkräften nach wie vor bewusst ist. Streitkräfte stellen den Anspruch eines Volkes auf nationale Souveränität und territoriale Integrität dar.

»Für das Gesetz soll das Volk kämpfen wie für seine Mauer.« Dieser Ausspruch des griechischen Philosophen Heraklit ist heute aktueller denn je. Denn es gibt Kräfte, deren erklärtes Ziel es ist, Staaten aufzulösen. Grenzen definieren den Rechtskreis von Staaten. Dieser Rechtskreis ergibt sich aus den Gesetzen, die sich ein Volk selbst gibt. Fällt die Grenze, dann fällt auch die Autonomie, sich selbst Gesetze geben zu können. Auf diese Weise verliert das Volk seine Souveränität. Die AfD-Bundestags-

fraktion ist angetreten, um unsere Grenze, unsere Gesetze und unsere Souveränität zu verteidigen.

Zur Bewahrung deutscher Souveränität und Integrität bedarf es einer starken, einsatzbereiten und geachteten Streitmacht, einer leistungsfähigen nationalen Wehrindustrie und der Entschlossenheit eines jeden, zur Verteidigung der Grenze und der Gesetze bereit zu sein.

Gerold Otten MdB

Wahlkreis München-Land

Kontakt: gerold.otten@bundestag.de

- Geboren am 7. Dezember 1955 in Lübberstedt; verheiratet; ein Kind
- Berufsoffizier, Sales Manager bei Airbus Defence and Space
- Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
- Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages
- Mitglied im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Deutschen Bundestages
- **Ordentliches Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO**



Tobias Matthias Peterka | Parallelgesellschaften geben da einen frechten Kehricht drauf!

<https://www.youtube.com/watch?v=fbAExH0dP38>

<https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-änderung-des-strafgesetzbuches-stärkung-des-schutzes-von/315278>



Tobias Matthias Peterka | Die Lebenswelt unserer Gesellschaft verändert sich zum Schlechten!

https://www.youtube.com/watch?v=-_S7wEVdYWs

<https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-änderung-des-strafgesetzbuches-und-weiterer-gesetze-verbesserung/313674>



Entwurf eines Gesetzes zur Rückfallprävention durch Strafverschärfung bei Wiederholungstätern

Drucksache 20/9392

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/093/2009392.pdf>



Tobias Matthias Peterka MdB

Den Verfall des Rechtsstaates stoppen

Ein funktionierender und für alle Menschen gleichermaßen geltender Rechtsstaat ist die größte Errungenschaft in einer freien Gesellschaft. Andere Prinzipien können verbogen und verwässert werden, ohne dass es zunächst auffällt. Das Gerechtigkeitsgefühl der Bürger bleibt im Kern aber stets intakt. Es kann vielleicht für eine Weile ideologisch verschüttet werden, bricht sich aber früher oder später Bahn als erstes Zeichen einer Veränderung.

Als Rechtspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und Leiter des entsprechenden Arbeitskreises bemerkt man ganz direkt die Hilflosigkeit der Ampelregierung. Im sogenannten Selbstbestimmungsgesetz wird der Beliebigkeit bei der Wahl des eigenen Geschlechts Tür und Tor geöffnet. Kinder werden gegen Eltern in Stellung gebracht, dazu sogar »Kinderrechte« in unser Grundgesetz geschrieben. Währenddessen bleiben echte Probleme wie (Kinder-)Kriminalität aus Parallelgesellschaften unbeachtet liegen.

Hierzu sowie zu einem besserem Strafrechtsschutz allgemein hat die AfD-Fraktion über den Arbeitskreis Recht wiederholt Anträge und Gesetzentwürfe in den Deutschen Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 20/6194), ebenso im Feld der Haftmöglichkeiten für Gefährder; Bundestagsdrucksache 20/6580. Uns war es in diesem Zusammenhang ein besonderes Anliegen, die tatsächlich verhängten Strafraumen (Freiheitsstrafen) heraufzusetzen. Der richterliche Spielraum ist schützenswert, sollte aber nicht auf Kosten der Sicherheit und eines Mindestmaßes an Gerechtigkeit gehen; Bundestagsdrucksache 20/9392.

Die Bürger »fühlen« sich nicht nur von zunehmender Kriminalität und Verrohung betroffen – sie sind es auch. Rettungskräfte und Polizeibeamte werden gezielt als Vertreter des deutschen Staates attackiert und verletzt.

Auch die Gewaltenteilung in unserem Land ist bedroht. Nicht von Seiten der AfD, wie es in einem unverhohlenen politischen Antrag der vereinten Altparteien zum »Schutz des Bundesverfassungsgerichts« gipfelte, sondern durch politisch instrumentalisierte Richterwahlen wie im Fall von Stephan Harbarth (Bundestagsdrucksache 20/6581) und einen politischen Verfassungsschutz. Nur die AfD-Fraktion steht für eine Entpolitisierung von Justiz und Geheimdiensten (Bundestagsdrucksache 20/9352) sowie für die Abwehr einer übergriffigen EU-Kommission; Bundestagsdrucksache 20/9742.

In der Rechtspolitik zeigt das Verhalten der anderen Fraktionen, dass man sie zwar nicht zur Wahrheit zwingen kann – aber dazu, immer dreister und dokumentiert zu lügen.

Tobias Matthias Peterka MdB

Wahlkreis Bayreuth

Kontakt: tobias.peterka@bundestag.de

- Geboren am 4. September 1982 in Achern
- Diplom-Jurist
- **Rechtspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion**
- Leiter des Arbeitskreises Recht der AfD-Bundestagsfraktion
- Ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
- Ordentliches Mitglied im Unterausschuss Europarecht des Deutschen Bundestages



Spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft durch eine Verdopplung der Agrardieselerückstattung

Drucksache 20/3699

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003699.pdf>



Heimat braucht Bauern – Bäuerliche Familienbetriebe in Deutschland erhalten

Drucksache 20/5355

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005355.pdf>



Stephan Protschka MdB

Deutschlands Versorgungssicherheit gewährleisten

Durch die Agrarpolitik der Altparteien hat sich die Zahl der Höfe in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren fast halbiert. Jeden Tag sind mehr als sechs Betriebe gezwungen, ihre Hoftore für immer zu schließen. Notgedrungen nimmt die Zahl der im Nebenerwerb bewirtschafteten Betriebe zu und junge Hofnachfolger sind kaum noch zu finden. Wenn aber bäuerliche Familienbetriebe verschwinden, dann verschwindet immer auch ein Stück regionale Identität und traditionelles bäuerliches Erbe. Die alte deutsche Redensart behält hier ihre Gültigkeit: »Stirbt der Bauer, stirbt das Land.«

Es liegt deshalb im besonderen gesamtgesellschaftlichen Interesse, die deutsche Landwirtschaft zu erhalten. Wir bekennen uns dabei sowohl zur konventionellen als auch zur ökologischen Landwirtschaft, ohne eine der beiden Bewirtschaftungsformen zu bevorzugen.

Die mittelständischen bäuerlichen Betriebe werden in immer kürzeren Abständen mit neuen Auflagen und Verboten belastet. Durch Entlastungen auf der Kostenseite, wie beispielsweise einer Erhöhung der Agrardieselvergütung, setzen wir uns für faire Erzeugerpreise ein. Aufgrund des intensiven Verdrängungswettbewerbs im hochkonzentrierten Lebensmitteleinzelhandel, aber auch in der Ernährungsindustrie, sind die Bauern als schwächstes Glied in der Lebensmittelkette einem massiven Preisdruck ausgeliefert. Es gilt deshalb, die derzeit schwache Marktstellung von landwirtschaftlichen Betrieben entscheidend zu stärken, um sie vor dieser ruinösen Preispolitik besser zu schützen.

Mit der Einführung einer verbindlichen Herkunfts-kennzeichnung schaffen wir nicht nur mehr Transparenz über den Ursprung von landwirtschaftli-

chen Erzeugnissen, sondern unterstützen auch die bäuerlichen Familienbetriebe. Des Weiteren sehen wir in der landwirtschaftlichen Direktvermarktung und in den regionalen Verarbeitungsstrukturen einen Schlüssel, um die Wertschöpfung vor Ort zu steigern und die regionale Vielfalt zu erhalten.

Es soll auch in Zukunft regional erzeugte, heimische Lebensmittel geben – dafür werden wir uns mit geeigneten Maßnahmen noch stärker als bisher einsetzen.

Stephan Protschka MdB

Wahlkreis Rottal-Inn

Kontakt: stephan.protschka@bundestag.de

- Geboren am 8. November 1977 in Dingolfing; römisch-katholisch; verheiratet; zwei Kinder
- Unternehmer
- **Ordentliches Mitglied und Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages**
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen des Deutschen Bundestages



**EU-Osterweiterung:
Positive Bilanz, doch
andere Modalitäten
für weitere Beitritte**

[https://www.youtube.com/
watch?v=mPQy6bG2Yys](https://www.youtube.com/watch?v=mPQy6bG2Yys)



**Dr. Rainer Rothfuß |
Zensur: »Orwell'sche«
Wahrheitsministerien
in der EU?**

[https://www.youtube.com/
watch?v=MV1rdV1WsnA](https://www.youtube.com/watch?v=MV1rdV1WsnA)



**Dr. Rainer Rothfuß |
»Schluss mit »EU-Ost-
eroberungspolitik««**

[https://www.youtube.com/
watch?v=NqTcTIV3cqc](https://www.youtube.com/watch?v=NqTcTIV3cqc)



**Fortgesetzte Christen-
verfolgung in Nigeria
beim Namen nennen
und ächten**

Drucksache 20/13119

[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/131/2013119.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/131/2013119.pdf)



**Sanktionen beenden –
Investitionsschutzab-
kommen zwischen der
EU und China
ratifizieren**

Drucksache 20/13786

[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/137/2013786.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/137/2013786.pdf)



Dr. Rainer Rothfuß MdB

Die Bevormundung durch die EU beenden, deutsche Interessen mit Nachdruck vertreten

Die Europäische Union reißt immer mehr Zuständigkeiten an sich, die bislang unter staatlicher und damit auch demokratischer Kontrolle waren. Die AfD-Fraktion kämpft insbesondere gegen das von der EU verordnete Verbrenner-Verbot, aber auch gegen die Bevormundung bei der Verhängung von Wirtschaftssanktionen zulasten der legitimen Interessen der deutschen Wirtschaft.

Die EU-Politik ist nur im Lichte der geopolitischen Interessen der transatlantischen Allianz zwischen Brüssel und Washington zu verstehen und treffend zu kritisieren. Im Rahmen der EU-Politik deutsche Interessen zu verteidigen, ist angesichts der selbstschädigenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland und der ominösen Sprengung der Nord-Stream-Pipelines am 26. September 2022 ein essenzieller Auftrag für die AfD-Fraktion in der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

Die Interessenallianz zwischen Joe Biden und Ursula von der Leyen führte dazu, dass die eurasischen Verbindungen Deutschlands, als Land in einer geopolitisch vulnerablen Mittellage, nicht nur durch den Ukraine-Krieg, sondern auch in Richtung China gekappt werden. In einem Antrag fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung daher auf, den Abschluss des EU-seitig blockierten Investitionsschutzabkommens CAI, das die EU jahrelang verfolgt hatte, zu beschleunigen, um deutsche Interessen in China angemessen zu wahren.

In verschiedenen Plenarreden verlangten wir von der bereits deutlich kriselnden EU, sich nicht durch eine überzogene Osterweiterung über die Ukraine

und Moldawien hinaus bis in den südlichen Kaukasus nach Georgien zu überdehnen. Zudem solle Serbien nicht erpresst werden, weil das Schlüssel-land auf dem Westbalkan keine Gräben in Richtung Russland aufreißen, sondern lieber als geopolitisch für ganz Europa wertvolle Brücke nach Eurasien dienen will.

Dr. Rainer Rothfuß MdB

Wahlkreis Oberallgäu

Kontakt: rainer.rothfuss@bundestag.de

- Geboren am 19. April 1971 in Freudenstadt
- Geopolitik-Analyst, selbständiger Berater
- **Ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages**
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages
- Stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages



Pläne der Bundes-
regierung für eine
Stärkung des Peti-
tionswesens in
Deutschland

Drucksache 20/12952

[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/129/2012952.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/129/2012952.pdf)



Manfred Schiller MdB

Das Petitionswesen stärken, mehr direkte Demokratie auf Bundesebene ermöglichen

Das Petitionswesen im Deutschen Bundestag ist, vielleicht entgegen landläufiger Meinung, das vielfältigste und umfassendste Ressort in der Politik und macht gleichzeitig eine über verschiedene Politikfelder hinausgreifende Zusammenarbeit möglich.

Die streng fachgebundene Arbeit aller Arbeitskreise in den Fraktionen wird hier aufgehoben und jeder Abgeordnete im Petitionsausschuss muss sich oft mit Anliegen aus der Bevölkerung beschäftigen, die eine Einarbeitung in technische, juristische, gesellschaftliche, medizinische und viele weitere Bereiche erfordern. Der Kontakt zu den Bürgern ist nicht nur unvermeidlich – er ist absolut wünschenswert. Dies äußert sich nicht zuletzt darin, dass im öffentlichen Portal ein Mitzeichnen der Anliegen möglich ist, sondern auch, dass der Initiator einer Petition mit über 30.000 Mitzeichnungen die Gelegenheit bekommt, in einer öffentlichen Sitzung mit Ausschussmitgliedern und Regierungsvertretern sein Anliegen zu erläutern.

Bemerkenswert ist: Im Gegensatz zu anderen Ausschüssen ist die Arbeit im Petitionsausschuss von einer höheren Überparteilichkeit geprägt. Das Abwählen einer typischen »AfD-Position«, zum Beispiel durch die Union, nur um danach einen gleichlautenden Antrag nachzuschieben, ist in diesem Ausschuss nicht möglich. Die gesetzliche Basis für die Petitionsverfahren allerdings ist bislang noch verhältnismäßig dünn. Das Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses aus dem Jahr 1975 basiert auf Artikel 17 des Grundgesetzes, die Geschäftsordnung des Bundestages regelt die Behandlung von Petitionen und der Petitionsausschuss legt seine Verfahrensgrundsätze selbst fest. Was jedoch die Umsetzung von Bürgerbegehren anbelangt, so haben wir es nach Auffassung der AfD-Fraktion eher mit einem Papiertiger zu tun.

Laut dem Antrag der Ampelregierung auf Änderung der Geschäftsordnung mit dem Titel »De-

mokratie stärken – Parlamentsreform im Deutschen Bundestag« sollen demnächst Petitionen ab 100.000 Mitzeichnungen auch im Plenum behandelt werden – der Geschäftsausschuss berät hierzu.

Trotz der Fortschritte bei der Bürgerbeteiligung in »homöopathischen Dosen« ist der Einfluss der Petenten auf die Gesetzgebung aber vergleichsweise gering. Auf unsere Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu den »Plänen der Bundesregierung für eine Stärkung des Petitionswesens in Deutschland« (Bundestagsdrucksache 20/12952) warten wir derzeit noch auf eine Antwort.

Das Petitionsverfahren stellt unseres Erachtens das Sprungbrett zur Verwirklichung der AfD-Forderung nach einer echten direktdemokratischen Bürgerbeteiligung nach Schweizer Vorbild dar.

Manfred Schiller MdB

Wahlkreis Weiden

Kontakt: manfred.schiller@bundestag.de

- Geboren am 23. September 1961 in Schirmitz; verheiratet; vier Kinder
- Selbständiger Radio- und Fernseh-techniker
- **Ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages**
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Digitales des Deutschen Bundestages
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr des Deutschen Bundestages



Keine deutsche Zustimmung für ein europaweites Zulassungsverbot für PKW und Nutzfahrzeuge mit Benzin- und Dieselmotoren

Drucksache 20/2350

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/023/2002350.pdf>



Die Deutsche Bahn AG zielgerichtet und wirkungsvoll reformieren

Drucksache 20/7197

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007197.pdf>



Wolfgang Wiehle MdB

Freiheit bewahren, Wohlstand sichern

Die Freiheit, Selbstbestimmung und den Wohlstand der Bürger zu bewahren, ist wichtiger denn je – gerade auch in den Aufgabengebieten Verkehr und Haushalt.

Die Bundesregierung legt die Axt an die freie Mobilität der Bürger. Auto und Motorrad will man mit Verboten und Teuerung immer mehr an den Rand drängen, fürs Fliegen soll man sich schämen. Öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad oder Lastenrad sollen in der grünen Wunsch-dir-was-Welt den Verkehr der Zukunft tragen. Dafür soll das Deutschlandticket als Billigangebot werben – aber die Milliarden, die dafür jedes Jahr aufgebracht werden müssen, fehlen anschließend bei der Infrastruktur und beeinträchtigen letztlich die Qualität des Angebots.

Der Arbeitskreis Verkehr der AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für ein Ende der ideologischen »Verkehrswende« ein. Der Verbrennungsmotor ist für viele weitere Jahrzehnte unverzichtbar und darf nicht verboten werden. Die Politik muss Bio-Kraftstoffe und synthetische Kraftstoffe fördern, auch im Energieverbund mit der Kernenergie. Die Deutsche Bahn ist zum Fass ohne Boden geworden: Verspätungen, Zugausfälle und Mängel beim Service sind alltäglich. Es genügt jedoch nicht, Investitionen in Milliardenhöhe in die Infrastruktur zu stecken. Der Bahnkonzern muss dringend dazu angehalten werden, sich ausschließlich auf Deutschland zu konzentrieren – als GmbH des Bundes, nicht als Aktiengesellschaft.

Die »Energiewende« der Altparteien und mit ihr die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft führen in eine neue ruinöse Planwirtschaft.

Die ebenso zweifelhaften wie überzogenen CO₂-Vorgaben werden in Zukunft einen Großteil unseres Wohlstands aufbrauchen. Sie sind auf Dauer unbezahlbar – für die Bürger, die Wirtschaft und den Staat gleichermaßen. Horrende Energiepreise führen zur Abwanderung oder Schließung vieler Unternehmen. Millionen Arbeitsplätze sind in Gefahr. Dieses Ausbluten Deutschlands muss durch eine neue Politik schnellstmöglich beendet werden. Die CO₂-Abgaben müssen gestrichen werden und mit ihnen der »Klima- und Transformationsfonds«, über den die Energiewende aus eben diesen CO₂-Abgaben finanziert wird.

Wolfgang Wiehle MdB

Wahlkreis München-Süd

Kontakt: wolfgang.wiehle@bundestag.de

- Geboren am 20. Oktober 1964 in München; geschieden; zwei Kinder
- Diplom-Informatiker
- Ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages
- **Leiter des Arbeitskreises Verkehr der AfD-Bundestagsfraktion**
- Ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages



FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Dezember 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.